



**INFORMATIONSBRIEF [01/2024]
DER CHRISTLICHEN LIBERALEN E.V.**

Inhalt

Editorial 2

Geistliches Wort zu Ostern 2024 3

Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat 4

Kundgebung für Demokratie 6

Editorial

30.03.2024

Liebe Brüder und Schwestern,

O Tod, wo ist dein Stachel nun?
Wo ist dein Sieg, o Hölle?
Was kann fortan der Feind uns tun,
wie grimmig er sich stelle?
Gott sei gedankt in Ewigkeit,
der uns den Sieg nach diesem Streit
durch Jesum Christ gegeben!

Ich habe nicht in Erfahrung bringen können, ob der Dreißigjährige Krieg schon ausgebrochen war, als der evangelische Pfarrer Georg Weissel, der von 1590 bis 1635 lebte, diese Strophe seines Osterliedes «O Tod, wo ist dein Stachel» dichtete.

Getan hat er dies aber in jedem Fall in einer Zeit, in der das Alltagsleben seiner Gemeindeglieder von kriegerischen Unruhen und kriegerischer Gewalt stark und ganz unmittelbar geprägt gewesen sein dürfte.

Nun ist das mit der Übersetzung der Osterbotschaft in weltliche Zusammenhänge immer so eine Sache: Das kann sehr schnell am Kern dieser Botschaft vorbeigehen, der in gewisser Hinsicht eben nicht «von dieser Welt» ist, sondern auf seine einzigartige und – wie ich persönlich finde – auch gar nicht einfach zu fassende Weise über sie hinausreicht.

Dennoch kann es einen ja ins Nachdenken bringen, dass Weissel Begriffe und Bilder gebraucht, die uns schmerzlich an die irdischen Zusammenhänge erinnern, denen auch wir in Europa wieder ausgesetzt sind – und in allerschmerzlichstem Ausmaß die Menschen in der Ukraine, im Nahen Osten und weiteren, zu zahlreichen Gebieten der Erde: Tod, Feind, Sieg.

So schwer es ist, angesichts dieser Höllen auf Erden nicht zu verzagen, sondern sich der so schwierigen Aufgabe zu stellen, das Leiden zu beenden, so sehr dürfen wir Christinnen und Christen gewiss sein, dass das uns durch die Liebe und den Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft, zugesprochen ist: dass der Tod nicht siegen, sondern überwunden werden wird.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Familien, Freunden und Ihnen ein stärkendes und gesegnetes Osterfest.

Mit christlich-liberalem Gruß

Ihr Konrad Stockmeier MdB

Vorsitzender der Christlichen Liberalen e. V.

Geistliches Wort zu Ostern 2024

Liebe Christliche Liberale!

Es ist das höchste gemeinsame Fest aller christlichen Kirchen – Ostern. Da, wo alles angefangen hat. Ostern, das Fest der Auferstehung.

«Auferstehung» ist ein schillerndes Wort. Nationen feiern ihre Auferstehung nach langem Niedergang. Die Fußballnationalmannschaft hofft auf ihre Auferstehung, rechtzeitig zur Heim-EM. Manches Unternehmen freut sich an seiner Auferstehung, wenn man nach langer Funkstille wieder auf dem Markt mitmischet. Nicht zuletzt gelang auch der FDP 2017 eine parlamentarische. Alle diese Auferstehungen sind das Resultat eigener harter Anstrengungen und nie ein Produkt der Willkür. Auferstehungen dieser Art sind eng verwoben mit dem «Aufstehen», mit der eigenen Bewegung, mit der eigenen Initiative.

Die erste Auferstehung war da ganz anders. Jesus hat nicht für seine Auferstehung gearbeitet. Er konnte und durfte nicht damit rechnen, auch nicht die Menschen in seinem Umfeld. Die allererste Auferstehung war ein Geschenk, und ein unverdientes noch dazu. Das nennt man theologisch «Gnade».

Mit dieser Gnade ist es so eine Sache. Man kann sie sich nicht verdienen, aber man kann sie bewahren und um sie kämpfen. Man kann sie nicht erwerben, aber man kann sie verspielen und verlieren. Das nimmt uns in die Verantwortung der Gnade mit hinein.

Ostern erinnert uns daran, dass durch den Tod von Jesus am Kreuz und seine Auferstehung von den Toten wir als Gläubige Gnade, das heißt die Freiheit von Sünde und Tod

erlangen können – so klingt es theologisch formuliert. «Freiheit», da werden wir als Liberale natürlich hellhörig. Ist es wirklich so einfach?

Manchmal denke ich: Ja, das ist es wirklich. Die Botschaft von Ostern ist doch eine Botschaft der Hoffnung und der Freiheit. Durch den Glauben an Jesus Christus können wir die Ketten der Vergangenheit abwerfen und ein neues Leben in Freiheit führen. Wir sind nicht mehr Sklaven der «Sünde», wie man früher sagte, sondern Kinder Gottes, die in seiner Liebe und Gnade leben dürfen. Diese neuen Perspektiven machen frei. Diese Hoffnung befreit und lässt Menschen ganz anders durch die Welt gehen. Übrigens, und das ist der Clou an der Sache, unabhängig von den irdischen Umständen, in denen wir jeweils aktuell leben. Dennoch aber mit einer klaren Zielrichtung, die uns einen sicheren Instinkt für Freiheit und Unfreiheit gibt: Die Freiheit bleibt nicht bei sich selbst stehen. In ihrer Spannung zwischen «Schon jetzt» und «Noch nicht» drängt die innerliche Freiheit immer auch zur äußerlichen Freiheit.

Wir wollen uns am Osterfest daher daran erinnern, dass wir durch Christus die wahre Freiheit gefunden haben. Eine Freiheit, die uns dazu ermutigt, anderen mit Liebe und Barmherzigkeit zu begegnen und die Botschaft von Ostern weiterzugeben.

Ich wünsche uns allen ein gesegnetes und frohes Osterfest!

Ihr Dr. Christian Mack

Theologischer Berater der Christlichen Liberalen e.V.

Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat

Als Liberaler, vor allem aber auch als christlicher Liberaler bin ich erschüttert über die Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat, die sich in den letzten Wochen in problematischer Weise gehäuft haben. Es ist höchste Zeit, dass die FDP sich dazu in unmissverständlicher Weise äußert und politische Konsequenzen zieht.

Einen traurigen Höhepunkt in dieser Kampagne gegen den demokratischen Rechtsstaat, sinnigerweise als «Kampf gegen Rechts» verkauft, bildete die Pressekonferenz von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang

am 13. Februar in Berlin. Wenn die Bundesinnenministerin auf dieser Veranstaltung erklärt, wer den Staat verhöhne, bekomme es mit einem starken Staat zu tun, zeigt sie erstens ihr absolutes Unverständnis für das Wesen eines demokratischen Rechtsstaats und zweitens ihre Präferenz für einen starken, sprich: autoritären und diktatorischen Willkürstaat. Abgesehen davon, dass das Verb «verhöhnen» schwammig und vollkommen vage ist, gehört es zum guten Recht eines in einer Demokratie lebenden Bürgers, den Staat zu verhöhnen. Dass Frau Faeser dies nicht versteht, demonstriert leider allzu deutlich, wes Geistes Kind sie ist.

Grundsätzlich ist darüber hinaus zu bemängeln, dass die Innenministerin den eh verfassungswidrigen «Kampf gegen Rechts» mit vielen unbestimmten, eines Rechtsstaats unwürdigen Begriffen führt, von «Hass und Hetze» bis hin zu «Delegitimierung».

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bezeichnend, dass Faeser verhindern will, dass sich «eine menschenverachtende Ideologie» weiter in unsere Gesellschaft «hineinfrisst». Was eine «menschenverachtende Ideologie» ist, bestimmen verständlicherweise wieder die Innenministerin und der Verfassungsschutz.

Der zweite Teilnehmer dieser Bedenken erregenden Pressekonferenz, der Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang – der dritte war Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts –, verletzt nahezu jeden Tag die Grenzen seines Amtes. In dem entsprechenden Gesetz ist eindeutig festgelegt, dass der Verfassungsschutz sich strikt aus dem parteipolitischen Wettbewerb der Parteien herauszuhalten habe. Wenn Thomas Haldenwang unter dieser Prämisse erklärt, es sei nicht allein Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Umfragewerte der AfD zu senken, hätte ihm seine Vorgesetzte, Nancy Faeser, sagen müssen, dass dies überhaupt nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sei. Aber sie ist selbst zu sehr an der Unterdrückung der Meinungsfreiheit interessiert, um diesen merkwürdigen Staatsdiener in die Schranken zu weisen.

Die grüne Kabinettskollegin der Innenministerin, Bundesfamilienministerin Lisa Paus, steht der Innenministerin in ihrem autoritären Gehabe und in ihrem Bestreben zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit in nichts nach. Sie behauptet allen Ernstes, dass es in diesem Land «unliebsame Meinungen» gebe, die «noch gerade so unter Meinungsfreiheit fielen». Deshalb will sie eine Melde- (im Klartext formuliert: eine Denunziations-) Stelle schaffen, um unter der Schwelle der Strafbarkeit liegende Äußerungen zur Anzeige zu bringen und die «Übeltäter» mundtot zu machen. Schon jetzt muss man sich deshalb fragen, ob die Aussage: «Die grün-roten Mitglieder der Bundesregierung stellen eine inkompetente Gurkentruppe dar» noch eine legitime, durch die Meinungsfreiheit gedeckte These oder ein strafwürdiger Tatbestand ist.

Die Frage ist, wie es überhaupt zu dieser verhängnisvollen Entwicklung zum autoritären Staat gekommen ist, die schon lange vor der Kampagne gegen den demokratischen Rechtsstaat begonnen hat. Ein Meilenstein ist dabei sicherlich die bewusste Ablehnung des Begriffs «Totalitarismus» in der historischen und politologischen Forschung und der politischen Diskussion gewesen. Noch in den sechziger Jahren galt die von der großen Publizistin Hannah Arendt entwickelte These, dass der Begriff «Totalitarismus» geeignet sei, die Gleichartigkeit der Systeme des Nationalsozialismus und des Kommunismus zu erfassen. Danach haben Historiker, Politologen und Politiker aus durchsichtigen Gründen angefangen, die Ungleichartigkeit von Kommunismus und Nationalsozialismus zu betonen: «Kommunismus ist gut, Nationalsozialismus ist schlecht, Stalin ist nicht Hitler!» Auf diese Weise ist unter anderem der Boden bereitet worden, um in einer zugegeben langsamen Entwicklung die Bevölkerung der Bundesrepublik auf einen neuerlichen autoritären Staat vorzubereiten, das Wunschziel links-grüner Politiker.

Als christlich Liberaler bin ich allerdings davon überzeugt, dass das Recht auf Meinungsfreiheit sich nicht dauerhaft unterdrücken lässt.

Dr. Gunter Zimmermann

Kundgebung für Demokratie

Auf einer von allen Parteien und Kirchen unterstützten Kundgebung für Demokratie am 25. Februar 2024 in Kandern sprach unser theologischer Berater, Dr. Christian Mack, in seiner dortigen Funktion als Pfarrer an der Stadtkirche im Namen aller evangelischen, katholischen und freikirchlichen Kirchen und Gemeinden folgendes Grußwort:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, dass Kundgebungen für Demokratie nicht nur eine Angelegenheit der Großstädte sind. Natürlich sind wir heute im bundesweiten Vergleich eine eher kleine Versammlung. Aber Kandern ist ja auch nicht groß. Und als Pfarrer bin ich sowieso gewohnt, mich über diejenigen zu freuen, die da sind...

Wir als christliche Gemeinden in Kandern sind hier fest verwurzelt. Es ist uns deshalb nicht egal, was um uns herum passiert, weder hier vor Ort, noch in der Welt. Wie sich das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gestaltet, betrifft auch uns. Unsere Gotteshäuser stehen mitten im Ort, mitten unter den Menschen. Das nehmen wir wörtlich. Unsere Kirchenmauern sind keine Mauern, hinter die man sich zurückzieht und die Welt da draußen sich selbst überlässt.

Deshalb betrachten wir mit der gleichen Anspannung, wohin sich unsere Demokratie entwickelt. Ich bin daher dankbar, dass ich im Namen der christlichen Gemeinden in Kändern heute ein paar nachdenkliche Worte an Sie richten darf.

Wir stehen hier zusammen für unsere Grundwerte. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben bei uns keinen Platz. Wobei – leider eben doch. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben bereits ihren Platz. Und dieser Platz droht noch größer zu werden. Das ist eine unangenehme Einsicht.

In der letzten Woche begingen wir den vierten Jahrestag des fremdenfeindlichen Anschlags von Hanau. Und wir sind in diesen Februartagen wieder den historisch unappetitlichen rechtsradikalen Wortbeiträgen anlässlich der Jahrestage der Bombardierungen von Dresden und Pforzheim ausgesetzt.

Das alles ist Gegenwart, nicht Vergangenheit. Wird es auch die Zukunft sein? Nicht, wenn es nach uns geht. «Nie wieder!», rufen wir: «Nie wieder» wollten wir erleben, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise drangsaliert werden. Dass kein Platz sein soll für Schutzbedürftige aus Kriegsregionen. Oder dass eine demokratische Partei gewaltsam an ihrer Aschermittwochsversammlung gehindert wird. Was sind demokratische Grundrechte denn wert, wenn man sie nicht in Anspruch nehmen kann?

«Nie wieder» wollten wir auch hören, dass Juden sich in Deutschland unsicher fühlen. «Nie wieder» wollten wir sehen, dass Juden aufgrund eines Davidsterns am Hals oder einer Kippa auf dem Kopf ganze Stadtviertel meiden müssen und auf offener Straße zusammengeschlagen werden. Und das nicht nur in Berlin: Auch in unserer Kreisstadt Lörrach kann die jüdische Gemeinde ihre Gottesdienste nur unter Polizeischutz feiern.

Zu einem glaubwürdigen, aufrichtigen «Nie wieder!» gehört es also auch, über den rechten Rand der Bedrohung unserer Demokratie hinauszuschauen. Wir demonstrieren ja nicht deshalb gegen Rechtsextremisten, weil sie «rechts» sind, sondern weil sie Grundrechte und Zusammenleben bedrohen. Dann dürfen wir aber auch überall dort nicht schweigen, wo an anderer Stelle Grundrechte und Zusammenleben bedroht werden!

Unser friedliches Miteinander ist bedroht. Als christliche Gemeinden sehen wir diese Entwicklungen mit Sorge. Unsere Gemeinden sind international. Auch hier im kleinen Kändern besuchen Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kontinenten unsere Gottesdienste und Veranstaltungen. Wir leben jeden Tag, dass unterschiedliche Herkunft, unterschiedliche Hautfarbe und auch unterschiedliche Überzeugungen keine Rechtfertigung dafür sind, Andersdenkende oder Andersaussehende zu diskriminieren oder gewalttätig zu werden.

Die Bibel, die für uns Kirchen die schriftliche Grundlage unserer Überzeugungen ist, erzählt von vielen Geschichten, in denen Menschen miteinander streiten; weil sie unterschiedlicher Meinung sind, weil sie verschiedene Religionen haben, weil sie aus unterschiedlichen Volksgruppen stammen. Die Bibel ist, wenn man so will, ein Buch voller Konflikte und Streit.

Wir lesen in der Bibel aber auch, dass kein Segen darauf liegt, Konflikte mit Gewalt zu lösen. Die Bibel will den Menschen nicht ihre Unterschiedlichkeit nehmen. Aber den Umgang mit Konflikten auf friedliche Füße stellen. Das alleine ist natürlich kein christlicher Wert. Aber eine unabdingbare Voraussetzung, über Werte zu reden und – ja – auch zu streiten.

Deshalb ist es nicht egal, wie wir in der Gesellschaft miteinander umgehen. Ein polarisierendes Schwarz-Weiß-Denken und ein steif gewordener moralischer Zeigefinger beeinträchtigen unsere Diskussionskultur. Hier werden wir als Gesellschaft in eine selbstkritische Pflicht genommen.

Wenn man der Soziologie glaubt, gibt es unter den Anhängern von rechtspopulistischen Parteien drei Sorten von Wählern. Da ist die Gruppe der Rechtsextremisten: Die fühlen sich zu autoritären und rassistischen Positionen hingezogen. Dann die Gruppe derer, die sich von Politik und Gesellschaft abgehängt fühlen. Und zuletzt Menschen, die wollen, dass sich endlich etwas bewegt.

Die erste Gruppe der Rechtsextremisten ist für die Mitte der Gesellschaft vermutlich leider verloren (oder vielleicht war sie auch nie auch dabei und kommt jetzt einfach wieder zum Vorschein). Um die beiden anderen Gruppen dagegen, die Abgehängten und die Protestwähler, lohnt es sich zu bemühen. Aber dafür braucht es mehr als Mahnwachen oder Brandmauern. So schwer es fällt – es braucht auch Brücken!

Ich weiß nicht, wie es meinen Pfarrkolleginnen und -kollegen so geht. Aber wenn ich Menschen begegne, zu runden Geburtstagen oder Ehejubiläen, passiert es immer wieder, dass man auf aktuelle Probleme zu sprechen kommt, wenn sie erzählen, was sie in ihrem Leben schon so alles erlebt haben. Dann werden Fragen, Sorgen oder Ängste geäußert.

Ich merke dann immer wieder, mal als Beispiel: Die allermeisten Menschen wissen, dass wir etwas gegen die Klimaerwärmung tun müssen. Die allermeisten Menschen haben auch grundsätzlich nichts gegen Zuwanderung oder den Respekt gegenüber Minderheiten. Aber die konkreten politischen Lösungen, die dafür angeboten werden, verärgern oder irritieren viele Menschen oder hängen sie gleich ganz ab und lassen sie mit ihren Sorgen alleine.

Viele Menschen – das überrascht mich immer wieder – haben auch überhaupt nichts dagegen, wenn in der Politik laut über Prioritäten gestritten wird. Aber sie haben etwas dagegen, wenn dabei ständig die Moralkeule geschwungen wird. Und reagieren allergisch, wenn Politik mehr verspricht, als sie halten kann.

Wenn wir das «Nie wieder!» ernst nehmen, wenn wir uns selbst ernstnehmen in unserer Sorge um unsere Demokratie, sehe ich an dieser Stelle auch eigene Hausaufgaben. Wenn uns in 50 Jahren unsere Nachkommen fragen, ob wir genug getan haben, dann kann doch unsere Antwort nicht ernsthaft sein: «Natürlich! Wir haben ja demonstriert!»

Ich glaube nicht, dass wir in unserem Land zu wenig «Haltung» haben. Die Frage ist aber, welche Konsequenzen wir daraus ableiten. Ich verstehe Kundgebungen wie unsere nicht als ein «Jetzt erst recht!» oder als ein «Weiter so!». Ich möchte mich daher umgekehrt der Frage stellen: Was ist mir, was ist uns das «Nie wieder!» eigentlich wert? Welchen Preis bin ich bereit, für dieses «Nie wieder!» zu zahlen? Das sind unbequeme Rückfragen. Aber wir sollten sie beantworten. Denn hier kann die Gesellschaft wirklich etwas tun, jede und jeder von uns.

Als Christinnen und Christen haben wir den Anspruch, die Idee der Nächstenliebe unter uns zu leben und nach außen davon zu erzählen, in der Hoffnung, dass Menschen sich davon anstecken lassen.

Nächstenliebe gilt auch dem Gegner. Einfach «zurückzuhassen», wie es auf einer anderen großen Kundgebung öffentlich gefordert wurde, kann aus christlicher Sicht keine Lösung sein. Selbst der Feind bleibt ein Mensch, den man als Menschen respektieren muss – auch um meiner selbst willen. Das hat Jesus uns Menschen aufgetragen. Und ganz ehrlich: Das ist manchmal ganz schön schwer und fordert mich heraus.

Nächstenliebe funktioniert nicht, wenn wir sie nur vom anderen erwarten. Nächstenliebe funktioniert nur, wenn wir uns dabei selber in die Pflicht nehmen lassen. Nächstenliebe kann sich auf vielerlei Weisen politisch – und auch parteipolitisch – ausdrücken.

Ich als Pfarrer kann erwachsenen, mündigen Menschen aus meiner Gemeinde nicht verbieten, rechtsextreme Parteien zu wählen. Diese Zeiten sind vorbei. Aber wir können markieren, wo die rote Linie verläuft, die jeder, der vor einem Wahlzettel sitzt, vor Augen haben muss: Nächstenliebe und Menschenhass sind nicht vereinbar!

Als Kirchen wissen wir, dass wir sonntags zusammenkommen – und reden. Aber ab Montag – wird gearbeitet. Gehen wir es an!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Christliche Liberale e.V.

E-Mail: info@christliche-liberale.de

Homepage: www.christliche-liberale.de

Christliche Liberale – EKK eG –

Konto: 3693244 - BLZ: 520 604 10

IBAN: DE02520604100003693244

BIC: GENODEF1EK1